

Widerstand gegen Deal mit China

«Die neutrale Schweiz darf nicht auf diese Art kooperieren»

Eine Gruppe von Hongkong-Schweizern fordert vom Bundesrat, die Migrationsvereinbarung mit China auslaufen zu lassen. Zwei Frauen der Gruppe erzählen.



Claudia Blumer

Publiziert 6.10.2020 um 06:49 Uhr



Oktober 2019: Aussenminister Ignazio Cassis empfängt seinen chinesischen Amtskollegen Wang Yi in Bern.

Foto: Alessandro della Valle (Keystone)

Erst seit kurzem ist es ein Thema, in den Medien und im Parlament: Ausländische Beamte werden mitunter in Schweizer Migrationsprozesse eingebunden, um die Identität von abgewiesenen Asylbewerbern festzustellen und die Rückführung ins Herkunftsland zu begleiten.

Auch mit China hat die Schweiz eine solche Vereinbarung, genauer: mit dem chinesischen Ministerium für öffentliche Sicherheit. Im Dezember 2015 schlossen das Ministerium und das schweizerische Staatssekretariat für Migration (SEM) die Vereinbarung ab, gemäss der die Schweiz chinesische «Experten»



einladen kann, wenn die Staatsangehörigkeit eines abgewiesenen Asylbewerbers infrage steht. Im Dezember 2020 läuft das Abkommen, das dieser Zeitung vorliegt, aus. Das SEM entscheidet in den nächsten Wochen über eine Verlängerung – und ist jetzt mit Druck der Hongkong-Diaspora konfrontiert: Eine Gruppe von Schweizer Bürgern und Einwohnern aus Hongkong wendet sich in einem offenen Brief an Departementsvorsteherin Karin Keller-Sutter. Ausserdem hat die Gruppe eine Petition lanciert. Die Vereinbarung dürfe nicht verlängert werden, fordert sie.

Treffen mit Maske und falschem Namen

Der Grund dafür ist zunehmende Repression in China seit Inkrafttreten eines neuen Sicherheitsgesetzes Mitte 2015. Seit Sommer 2020 gilt das Sicherheitsgesetz auch in Hongkong, was Hongkong-Schweizer alarmiert: Grossbritannien und China hatten bei Hongkongs Rückgabe 1997 vereinbart, dass Hongkong bis mindestens 2047 sein nicht kommunistisches System und die Grundrechte behalte.

Leute der Hongkong-Gemeinschaft in der Schweiz persönlich zu kontaktieren, ist schwierig. Mit Chan, die ihren richtigen Namen auch gegenüber der Redaktion nicht preisgeben will, kommt es dann doch zu einem Treffen, bei dem sie ihr Gesicht mit einer Corona-Maske bedeckt hält. Zunächst wollte sie nur anonym via Internet-Chat ein Interview geben.

Nun redet sie, während ihre Kinder im Box-Unterricht sind, ohne Punkt und Komma. Davon, wie sie den langen Arm des chinesischen Staatsapparats spüre, nach sechs Jahren Aufenthalt in der Schweiz, wie sie eine Vernissage zu einem harmlosen Thema mit organisiert habe, ein Thema betreffend die chinesische Kultur, weder subversiv noch besonders regimekritisch, und wie der Veranstalter der Vernissage danach ausgefragt worden sei von Gesandten der chinesischen Regierung, von «Pendants», wie der Veranstalter dann die Polizei einschalten wollte, worauf die «Pendants» sich zurückgezogen hätten. Sie erzählt, wie eine Bekannte von ihr bespitzelt worden sei, in Kanada zwar, aber dennoch, wie plötzlich Leute in deren Garten gestanden hätten, ihr nachgestellt hätten. Chan ist sehr ängstlich und misstrauisch. Mehrmals fragt sie: «Warum wollen Sie das wissen?» Das Treffen mit der Journalistin, 45 Minuten lang in einem Zürcher Park, auf einer Bank sitzend, macht sie nur, um dem offenen Brief und der Petition Nachdruck zu verleihen. Der Bundesrat dürfe die Vereinbarung nicht verlängern, sagt sie. «Die neutrale und auf Menschenrechte bedachte Schweiz darf nicht in so einem heiklen Bereich und auf diese Art mit China kooperieren und dem Staat damit zusätzliche Legitimation geben.»

Einfallstor für weitere Schnüffeltätigkeiten

Aber nicht alle Hongkong-Schweizer sind so ängstlich wie Chan. Lee beispielsweise, Sekretärin der Schweiz-Hongkong-Gruppe «Eye on Hongkong», nennt ihren Namen, wenn sie ihn auch nicht



vollständig publiziert haben will. Sie lebt seit über einem Dutzend Jahren in der Schweiz, hat längst die schweizerische Staatsbürgerschaft, ist Mutter, berufstätig und engagiert sich ohne grosse Berührungsängste in dieser politischen Angelegenheit. Es komme auf die persönliche Geschichte und die Erfahrung an, sagt Lee. Je nach Sichtweise würde sie sich selber auch als «naiv» bezeichnen, zumal sie eine grosse Familie in Hongkong habe. Dieser wäre es lieber, sie würde schweigen, sagt Lee.

Seit Juli 2020 sind die chinesischen Sicherheitsbeamten also auch in Hongkong aktiv. Und im Rahmen der Migrationsvereinbarung würden sie nicht nur illegal anwesende Migranten auf ihre Identität überprüfen, befürchten die Exil-Hongkonger, sondern sie würden diese Vereinbarung als Einfallstor für weitere Schnüffeltätigkeiten missbrauchen. «Es ist schwer vorstellbar, wie die schweizerischen Behörden in der Lage sein sollen, jeden Schritt der chinesischen Beamten in der Schweiz zu überwachen», heisst es im Brief.

«Seit 2014 erleben wir hier eine dramatische Situation.»

Fabian Molina, SP-Nationalrat

Noch ist die Sache nicht entschieden. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats wird sich nochmals mit dem China-Abkommen beschäftigen an ihrer nächsten Sitzung vom 19. und 20. Oktober. Nach einer ersten Diskussion im August hat die Kommission nicht abschliessend Stellung genommen. Auf Antrag des Zürcher SP-Nationalrats Fabian Molina nimmt sie das Thema nochmals auf.

Zahlreiche Menschengruppen gefährdet

Molina hält solche Vereinbarungen grundsätzlich für problematisch und rechtlich ungenügend gestützt. Bezüglich China sei sie aber doppelt schwierig: «Seit 2014 erleben wir hier eine dramatische Situation.» Zahlreiche Menschengruppen seien in China gefährdet, und obwohl Tibeter und Uiguren von der Vereinbarung ausgenommen sind, sei nicht ausgeschlossen, dass es auch sie treffen könnte: gerade dann, wenn die Staatsangehörigkeit nicht dokumentiert ist. «Man muss schon schauen, mit welchem Land man eine solche Vereinbarung abschliessen will. Ein Land wie China, das seine Diaspora systematisch einschüchtert, sollte nicht auch noch mit einem privilegierten Zugang zum schweizerischen Migrationsprozess belohnt werden.» Molina hält die Chancen für intakt, dass die Kommission und das Parlament eine Verlängerung des



Abkommens verhindern. Dazu müsste er eine Motion einreichen, die aber wohl nicht bis Ende Jahr verabschiedet wäre.

Der Zürcher FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann, auch er Mitglied der Aussenpolitischen Kommission, sieht es anders. Er geht davon aus, dass die Mehrheit der Kommission die Vereinbarung unterstützt. Er verstehe die Ängste der chinesischen oder der Hongkonger Diaspora, sagt Portmann. «Doch sie wird durch diese Vereinbarung nicht gefährdet und würde bei einer Sistierung des Abkommens nicht geschützt.» Bedrohte Minderheiten würden nicht rückgeführt, das SEM entscheide jederzeit nach Schweizer Recht, ob eine Person Asyl erhält. «Die chinesischen Beamten haben nur in jene Personendossiers Einblick, welche die Schweizer Behörden ihnen vorlegen. Alles andere stimmt einfach nicht.»

Unter Aufsicht von SEM-Mitarbeitern

Das SEM entgegnet den Bedenken der Hongkong-Diaspora. Die chinesischen Beamten kämen nur auf Einladung des SEM und für kurze Zeit in die Schweiz, die Gespräche mit mutmasslichen chinesischen Staatsangehörigen, die vom SEM rechtskräftig nach China weggewiesen worden seien, fänden in den Räumen der Bundesverwaltung unter der Aufsicht von SEM-Mitarbeitern statt, sagt ein Sprecher des Amts. Danach erstatten die chinesischen «Experten» gegenüber dem SEM Bericht. Bei der Vereinbarung, über welche die «NZZ am Sonntag» im August erstmals berichtet hat, handle es sich übrigens nicht um ein Geheimabkommen, sagt ein Sprecher. Das Parlament werde über solche Vereinbarungen im Migrationsbereich informiert, und auf der SEM-Website werde darauf hingewiesen.

Zudem: «Was würden die Leute sagen, wenn wir rechtskräftig abgewiesene Personen in der Schweiz liessen? Das wäre widerrechtlich und würde kaum akzeptiert», sagt der Sprecher. Die Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten illegaler Migranten sei im Interesse der Schweiz. Mitnichten hätten die chinesischen Beamten die Befugnis oder gar ein Mandat, grossflächig zu ermitteln.

Kontrollieren kann das SEM dies allerdings nicht. Dafür wäre der Nachrichtendienst zuständig. Überhaupt ist das Thema äusserst vielschichtig. Es betrifft nicht nur die Migrationsbehörden und potenziell den Nachrichtendienst, sondern auch die Aussenpolitik, die sich derzeit vertieft mit China auseinandersetzt. Ende Jahr will das Aussendepartement die neue China-Strategie vorlegen. Dabei ist die Migrationsvereinbarung nur ein Nebenaspekt. Da geht es um kompliziertere Fragen. Etwa darum, wie Schweizer Unternehmen vor dem Zugriff fremder Staaten geschützt werden sollen. Die Frage steht im Raum, seit 2017 der Basler Saatgut- und Pflanzenschutzhersteller Syngenta vom chinesischen Staatskonzern Chemchina übernommen wurde.